

DPR Presseinformation

Regierungskoalition verpasst Reform der GKV

DPR kritisiert Beitragserhöhung als sozial unausgewogen

Berlin (7. Juli 2010) – Enttäuschend und sozial unausgewogen findet der Deutsche Pflegerat e.V. (DPR) die Beschlüsse der Koalition zur Erhöhung der GKV-Beiträge. „Statt an den grundlegenden strukturellen Defiziten der GKV neue Weichenstellungen vorzunehmen, werden einseitig die Versicherten belastet“, sagt Andreas Westerfellhaus, Präsident des DPR. Statt neuer Impulse und Überprüfung alter Zöpfe, würde nach dem Rasenmäherprinzip überall ein bisschen weniger ausgegeben, um ja nur niemandem im System weh zu tun, so Westerfellhaus weiter. Versäumt werde, die Chance in der Krise zu nutzen und tatsächlich eine Gesundheitsreform auf den Weg zu bringen, die diesen Namen verdiene. Es stehe zu befürchten, dass die Ausgaben weiter drastisch steigen werden – bei begrenztem Mehrwert für die Patientinnen und Patienten. Nachdem alleine die Versicherten dies zu tragen haben, hat sich die Koalition mit diesem Kompromiss vom Solidaritätsprinzip verabschiedet. Wer nur die ökonomischen Herausforderungen angeht ohne gleichzeitig die Strukturen des Gesundheitswesens einer nachhaltigen zukunftsorientierten Reform zuführt, werde scheitern.

Anscheinend hat keine Regierungskonstellation in Deutschland die Kraft, eine wirkliche Reform auf den Weg zu bringen, bei der überprüft wird, wo Versicherungsbeiträge vergeudet und wo sie sinnvoller verwendet werden könnten. Im Gesundheitswesen wird immer mehr verwaltet und immer weniger versorgt. Medikamente sind teuer wie nirgends sonst auf der Welt, Prävention ist ein Stiefkind und die Aufgabenverteilung zwischen den Gesundheitsberufen beruht auf 100 Jahren alten Traditionen, statt tatsächlich vorhandenen Kompetenzen.

Pressekontakt

Deutscher Pflegerat e.V. (DPR), Salzufer 6, 10587 Berlin

Tel.: 030 219 15 757, Mail: info@deutscher-pflegerat.de, Web: www.deutscher-pflegerat.de

Der Deutsche Pflegerat e.V. (DPR) – Kurzporträt

Der Deutsche Pflegerat e.V. wurde 1998 gegründet, um die Positionen der Pflegeorganisationen einheitlich darzustellen und deren politische Arbeit zu koordinieren. Darüber hinaus fördert der Zusammenschluss aus 15 Verbänden die berufliche Selbstverwaltung. Seit 2003 handelt der Deutsche Pflegerat e.V. als eingetragener, gemeinnütziger Verein. Als Bundesarbeitsgemeinschaft des Pflege- und Hebammenwesens und Partner der Selbstverwaltung im Gesundheitswesen vertritt der Deutsche Pflegerat heute die insgesamt 1,2 Millionen Beschäftigten der Pflege. Über die berufliche Interessenvertretung hinaus ist der Einsatz für eine nachhaltige, qualitätsorientierte Versorgung der Bevölkerung oberstes Anliegen des Deutschen Pflegerates.

Präsident Andreas Westerfellhaus

Mitgliedsverbände

- Arbeitsgemeinschaft Deutscher Schwesternverbände und Pflegeorganisationen e.V. (ADS)
- Anbieterverband qualitätsorientierter Gesundheitspflegeeinrichtungen e.V. (AVG)
- Bundesausschuss der Lehrerinnen und Lehrer für Pflegeberufe e.V. (BA)
- Bundesverband Geriatrie e.V. (BV)
- Verband Bundesarbeitsgemeinschaft Leitender Pflegepersonen e.V. (BALK)
- Deutscher Hebammenverband e.V. (BDH)
- Berufsverband Kinderkrankenpflege Deutschland e.V. (BeKD)
- Bundesfachvereinigung Leitender Krankenpflegepersonen der Psychiatrie e.V. (BFLK)
- Deutscher Berufsverband für Pflegeberufe e.V. (DBfK)
- Deutsche Gesellschaft für Fachkrankenpflege und Funktionsdienste e.V. (DGF)
- Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
- Verband der Schwesternschaften vom Deutschen Roten Kreuz e.V. (VdS)
- Verband für Anthroposophische Pflege e.V. (VfAP)
- Vereinigung der Hygienefachkräfte der Bundesrepublik Deutschland e.V. (VHD)
- Verband der PflegedirektorInnen der Unikliniken e.V. (VPU)

Pressekontakt

Deutscher Pflegerat e.V. (DPR), Salzufer 6, 10587 Berlin

Tel.: 030 219 15 757, Mail: info@deutscher-pflegerat.de, Web: www.deutscher-pflegerat.de